

**Presse
Rundfunk
Fernsehen**



**Gewerkschaft
der Polizei**
Landesvorstand

Wiesbaden, den 21. August 2008

Gewalt gegen Polizei

Die zunehmende Gewalt gegen Polizei im Streifendienst, nicht nur in Hessen, veranlasst die Gewerkschaft der Polizei auf diese Problematik hinzuweisen und frühere Forderungen zu erneuern.

- Der Personalabbau bei der hessischen Polizei muss gestoppt werden. Vermehrte Neueinstellungen sind notwendig, nicht nur um die Ruhestandsversetzungen der kommenden Jahre auszugleichen.
- Die Polizei darf sich nicht aus der Fläche zurückziehen. Die Polizeiposten und Stationen müssen hessenweit erhalten bleiben und mit entsprechendem Personal ausgestattet werden.
- Für geschlossene Einsatzlagen muss eine professionelle Bereitschaftspolizei zur Verfügung stehen. Diese muss auch mit entsprechendem Personal und Gerät ausgestattet werden.
- Alarmhundertschaften aus den Polizeistationen können im Notfall, nicht aber im Regelfall, für die Bewältigung geschlossener Einsatzlagen hinzugezogen werden.
- Der hessische Landesrechnungshof hat zurecht kritisiert, dass zu viele Polizistinnen und Polizisten für Verwaltungstätigkeiten verwendet werden. Deshalb muss qualifiziertes Tarifpersonal eingestellt werden, um die Vollzugspolizei dauerhaft zu entlasten.

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Hessen, Wilhelmstraße 60 a, 65183 Wiesbaden
GdP-Landesbezirk Hessen, Geschäftsstelle, Tel. 0611-99227-50, gdphessen@t-online.de
Homepage: www.gdp.de/hessen